Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12 –1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 2. Februar 1881. Nr. 54.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 1. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Bitter und Friedberg, sowie mehrere Kommissarien.

Tagesordnung:

Dritte Berathung des Etats in Verbindung mit der dritten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend den dauernden Erlaß an Klassen- und klassifizirter Einkommensteuer.

Die Debatte beginnt bei dem Etat der Bauverwaltung.

Abg. v. Meyer-Arnswalde bemerkt, daß er im vorigen Jahre dem Abg. Reichensperger bei seiner Kritik über die Zusammensetzung der Bau-Akademien sekundirt habe. In Folge eines schlechten Berichtes der „Kölnischen Zeitung“ habe die Fachpresse damals irrthümlicher Weise angenommen, er (Redner) habe den Abg. Reichensperger der Ignoranz beschuldigt, während er in seiner Eigenschaft als Laie diese Ignoranz in gewissem Sinne nur für sich selbst in Anspruch genommen habe. Er halte im Gegentheil den Abgeordneten Reichensperger für eine der ersten Autoritäten auf dem Gebiete des Bauwesens, namentlich auf dem Gebiete der Gothik und der germanischen Baukunst. Weiter erklärt Redner, daß auch ihm die vielbesprochene Bacchantin in der Nationalgallerie nicht gefalle. Jedenfalls sei die Darstellung nicht keusch; es handle sich um ein produzirendes Frauenzimmer, das sich auf einem Panther herumstiehle (Heiterkeit). Der Besuch der Nationalgallerie werde zunehmen, wenn derartige Dinge in ein geheimes Kabinet verwiesen würden.

Beim Etat für Handel und Gewerbe nimmt das Wort Abg. Richter, um die Rede des Herrn Handelsministers bei Eröffnung des Volkswirthschaftsraths einer Kritik zu unterziehen. Fürst Bismarck habe die Mitglieder des Volkswirthschaftsraths als die Männer der Praxis begrüßt, während er die Mitglieder der Parlamente als wissenschaftliche Theoretiker charakterisirt habe. Wenn man aber bedenkt, daß hier im Hause 148 Gutsbesitzer und im Herrenhause 184 Großgrundbesitzer sitzen, so wird man doch sagen müssen, daß hier auch eine ganze Menge praktischer Männer sich befinden, welche sehr wohl über volkswirthschaftliche Fragen befinden könnten. Die Zahl der Kaufleute und Gewerbetreibenden beträgt hier 30 und im Reichstage 48; das absprechende Urtheil gegen diese Leute seitens des Herrn Reichskanzlers sei also um so auffälliger, als ja gerade deren Stimmen bei den Steuer- und Zollberathungen den Ausschlag gegeben haben. Es ist das Großkapital in unseren Parlamenten auch reichlich vertreten, während umgekehrt im Volkswirthschaftsrath gerade kleine Landwirthe und Gewerbetreibende ferngehalten worden sind. Der Herr Handelsminister sagte auch, der Volkswirthschaftsrath sei so zusammengesetzt, daß auch die, die dies Gesetz zunächst am meisten empfinden, zum Worte kämen. Nun, letztere sind doch das ganze Volk; dies wird auch die Wirkungen der neuen Gesetze empfinden. Beispielsweise bei dem Unfallversicherungsgesetz sind es doch die Arbeiter, welche die Wirkungen dieses Gesetzes zunächst empfinden. Wie viel Arbeiter sind denn nun im Volkswirthschaftsrath? So viel ich weiß, drei und außerdem sechs Handwerksmeister, zusammen also 9 gegenüber den 75 Vertretern, welche der Herr Handelsminister in den Volkswirthschaftsrath berufen hat. Wenn man Sachverständige haben will, so sollte man es den Korporationen überlassen, Delegirte aus ihrer Mitte zu wählen, und man würde dann durch ein Kreuzverhör unter denselben eher herauskriegen, was dem Handwerk und dem Gewerbe frommt. Will man eine freie Meinungsäußerung der Berufenen, so sollte man doch die Leute nicht befangen machen und von ihnen verlangen, daß sie schon am zweiten Tage einen permanenten Ausschuß wählen. Man hat auch Gutsbesitzer gewählt, aber keine aus Preußen, Pommern, Posen, wahrscheinlich weil man befürchtete, einen Konservativen von der Richtung des Abg. von Meyer-Arnswalde hineinzubekommen. Genau besehen bleibt von den berufenen Arbeitern nur der Eisenformer Kamien übrig, und es müßte ein großes Unglück geschehen, wenn die Beschlüsse dieses Volkswirthschaftsraths nicht das Echo der Wünsche des Herrn Reichskanzlers sind. Jedenfalls steht fest, daß auf diese Weise dem Ansehen Preußens im Auslande nur geschadet, im Innern aber nichts genützt wird.

Abg. v. Minnigerode konstatirt den Ausführungen des Vorredners gegenüber, daß die Zusammensetzung des Volkswirthschaftsrathes keineswegs den Richter'schen Anschauungen entspricht.

Unterstaatssekretär Jacobi bestreitet, daß der Herr Handelsminister in seiner Eröffnungsrede den Nachdruck auf den Volkswirthschaftsrath gelegt habe. Ebensowenig sei es richtig, daß der kleine Grundbesitz in dem Volkswirthschaftsrath nicht vertreten sei. Das Gewicht dieser neuen Institution liege überhaupt nicht in der Abstimmung, sondern in den Gegenständen, die an sie herantreten. Dem Herrn Handelsminister sei es nicht eingefallen, ein Mißtrauensvotum gegen die Parlamente auszusprechen. Die Regierung verlange nichts, als sich Material von Sachverständigen zu sammeln für die Gesetzgebung, deshalb sei es auch vermieden worden, Beamte in den Volkswirthschaftsrath zu berufen. Die Vertreter von Landwirthschaft, Handel und Gewerbe seien unabhängige Männer; er wisse nicht, woraus Herr Richter folgert, daß die Beschlüsse des Volkswirthschaftsrathes nur ein Echo der Regierung sein sollen. Er möchte bitten, in die neue Institution nicht eine Einseitigkeit zu tragen, welche die Regierung sorgfältig vermieden hat.

Abg. Dr. Windthorst hält es nicht für opportun, im gegenwärtigen Augenblick die Angelegenheit zu besprechen. Man müsse dem Volkswirthschaftsrath Zeit lassen, durch Thaten zu beweisen, ob er den Erwartungen entsprechen wird, welche man von ihm erhofft. Daß derselbe in die Kompetenz des Parlaments eingreifen werde, glaube er nicht. Vor Allem aber werde man die Institution sich erst entwickeln lassen müssen, erst dann werde sich erkennen lassen, ob sie gut oder schlecht ist.

Abg. Knebel beklagt sich darüber, daß das große industrielle Saar-Gebiet durch keinen Großindustriellen, sondern nur durch einen Werkmeister in dem Volkswirthschaftsrath vertreten ist; Redner bittet, diesem Mangel durch Berufung einer geeigneten Persönlichkeit abzuhelfen.

Abg. Richter rügt, daß der Industriekreis Aachen gar nicht in dem Volkswirthschaftsrath vertreten ist, während Köln 5 Vertreter aufweist. Ueberhaupt scheine die politische Richtung der Berufenen besonders berücksichtigt worden zu sein, denn unter denselben befinde sich nur ein Ultramontaner.

Ministerial-Direktor Jacobi widerlegt den Abg. Richter.

Abg. Reichensperger (Köln) beklagt, daß kein Vertreter der katholischen Gesellenvereine in den Volkswirthschaftsrath berufen sei, gerade in der Wirksamkeit, Gediegenheit und Großartigkeit dieser Organisation sei ein kräftiger Damm gegen die Sozialdemokratie zu finden, allerdings sei der General-Präses dieser Vereine ein katholischer Priester.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Richter, Kantak, v. Eynern, Cremer, Dr. Windthorst wird die Diskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt der Abg. Freiherr von Minnigerode: Der Abg. Richter habe Unrecht, wenn er gesagt, er (Redner) habe den Volkswirthschaftsrath nur kühl vertheidigt; er habe den Volkswirthschaftsrath weder vertheidigt noch aber auch angegriffen.

Darauf wurde der Etat des Handelsministeriums genehmigt.

Bei dem Etat der Justizverwaltung richtet Abg. Schmidt (Stettin) an die Regierung die Anfrage, warum die Zahl der vor gänzlicher Verbüßung der Strafe entlassenen Strafgefangenen seit 1873 abgenommen hat.

Justizminister Dr. Friedberg: Die Bestimmung, daß Jemand nach Ablauf von zwei Drittel seiner Strafzeit, wenn er sich gut geführt hat, vorläufig entlassen werden kann, hat nur ein halbes Jahr Anwendung gefunden. Man kam sehr bald zu der Ueberzeugung, daß bei den bezüglichen Berichten auch die individualisirenden und nicht blos die rechnungsmäßigen Gründe in Betracht zu kommen haben, wenn dem Sinne des Gesetzes Rechnung getragen werden solle. Seitdem sind auch die Anträge auf vorläufige Entlassung wesentlich geringer geworden. Es müssen besondere Gründe vorliegen, wenn beispielsweise ein wegen Rohheitsverbrechen oder wegen Meineides Verurtheilter vorläufig entlassen werden soll. Die Zahl der vorläufig Entlassenen hat daher auch seit dem Jahre 1871 immer mehr abgenommen. Im Jahre 1880 z. B. sind noch 444 solcher Gesuche gestellt, aber nur 166 davon bewilligt worden. Die Aussicht, seine vorläufige Freilassung zu verlangen, ist nebenbei für die meisten Gefangenen nur ein Mittel, Disziplinarvergehen zu verhüten; sobald sie aber entlassen sind, fallen sie in ihren alten Fehler zurück. Viele haben nicht einmal ein Unterkommen, wenn sie entlassen werden. Was kann da die frühzeitige Entlassung nützen? Ein Mann z. B. wurde wegen Bigamie zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Seine vorläufige Entlassung wurde auch von der Anstalts-Direktion befürwortet. Auf die Anfrage, ob der Mann denn auch ein Unterkommen habe, erfolgte die Antwort: Ja, bei der Frauensperson, mit der er widerrechtlich eine zweite Ehe eingegangen war. Trotzdem wird noch immer eine sehr bedeutende Anzahl Gefangener vorläufig entlassen, blos die Fälle werden sorgfältiger geprüft.

Abg. von Uechtritz-Steinkirch bestätigt im Wesentlichen die Ausführungen des Ministers.

Bei dem Etat des Ministeriums des Innern bringt der

Abg. Freiherr v. Minnigerode die Behandlung der konservativen „Elbinger Zeitung“ seitens der Elbinger Behörden bei der Inseraten-Vertheilung zur Sprache. Obgleich dieses Blatt circa 7000 Abonnenten habe, die fortschrittliche „Altpreußische Zeitung“ aber nur circa 750, werden die gerichtlichen Inserate dennoch ausschließlich dem zuletzt genannten Blatte zugewendet. Er verlange die Herstellung des früheren Zustandes nach den hier im Hause wiederholt ausgesprochenen Grundsätzen.

Abg. Rickert: Das von dem Vorredner angeführte Abonnenten-Verhältniß sei nicht ganz korrekt angegeben; von dem Abgeordneten für Elbing, der heute leider verhindert sei, hier zu erscheinen, werde dieser Behauptung wenigstens entschieden widersprochen. Die Gesichtspunkte, welche für die gerichtlichen Publikationen in Elbing maßgebend seien, beruhten darauf, daß die Inserate im Wesentlichen kaufmännische Interessen berühren und daß die „Altpreußische Zeitung“ ausschließlich in kaufmännischen Kreisen gelesen wird, während die „Elbinger Zeitung“ ihren Leserkreis in den Vorstädten und auf dem Lande hat. Uebrigens komme es auch gar nicht auf die Abonnenten allein an, sondern der maßgebende Faktor sei die zweckmäßige Verbreitung. Was den Posener Fall anlangt, so kämen die Klagen von dort nach wie vor, daß die Behörden auf das von dem Minister des Innern in Aussicht gestellte Reskript keine Rücksicht nehmen. Er behalte sich vor, auf diesen Gegenstand in der nächsten Session wieder zurückzukommen.

Abg. Freiherr v. Minnigerode: Gegenüber den Ausführungen des Abg. Rickert muß ich darauf hinweisen, daß ich ausdrücklich Zahlen genannt und auf die amtliche Postliste verwiesen habe; dem hat der Abg. Rickert nur sehr allgemeine Mittheilungen gegenüber gestellt, ferner habe ich auf eine amtliche Mittheilung des königlichen Amtsgerichts Bezug genommen, das sind doch thatsächliche Verhältnisse. Ueber das Verhältniß der Verbreitung beider Zeitungen kann ja gar kein Zweifel sein, die „Elbinger Zeitung“ wird in Elbing in jedem Hause gelesen, und wo die Handelskreise sein sollen, denen sie nicht zugänglich wäre, kann ich nicht verstehen. Das sind notorische Verhältnisse, aber dem gegenüber muß es doch auffallend sein, daß ein königlicher Beamter seine Sache hier durch ein Mitglied aus den Reihen der Fortschrittspartei führen läßt, wie es im Auftrage des Abg. Wiedwald der Abg. Rickert gethan hat. Wenn nun der Abg. Rickert in Posen auch nicht zufriedengestellt ist, so bin ich es in Elbing auch nicht.

Nach einer Erwiderung Rickerts wird der Gegenstand verlassen.

Abg. Frhr. v. Eckartstein bringt zur Sprache, daß die Militärverwaltung das jetzt für die Korrigenden-Anstalt zu Strausberg zur Bewachung gestellte Kommando am 1. März definitiv einziehen wolle; dadurch entstehe für die Umgegend eine Gefahr.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg sagt zu, Alles aufbieten zu wollen, um die Militärverwaltung zu bewegen, das Kommando in Strausberg zu belassen, doch könne er ein unbedingtes Bedürfniß nicht anerkennen, eine Gefahr für Stadt und Umgegend werde aus der Einziehung des Kommandos nicht entstehen, es gäbe viele Strafanstalten, bei denen ein militärischer Schutz nicht stattfinde.

Zum Kapitel Strafanstalten beantragt der Abg. Uechtritz:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern:

1) Bei Emanirung des Reichsstrafvollzuggesetzes ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß bei rückfälligen Dieben und Betrügern, bei Landstreichern,

   bei Verbrechen und Vergehen gegen die Sittlichkeit, bei allen Beschädigungen von Personen oder Sachen, welche von einem besonderen Grade von Rohheit Zeugniß ablegen, die Gefängnißstrafe während der ersten 14 Tage bei Wasser und Brod, mit warmer Kost an jedem vierten Tage, vollstreckt werde;

2) dafür zu sorgen, daß bis zur Emanirung des Reichsstrafvollzuggesetzes die Beköstigung und Verpflegung der vorgedachten Gefangenen auf das unbedingt nothwendige Maß beschränkt werde.

Nachdem in der allgemeinen Diskussion die Abgg. Dr. Windthorst, Schmidt (Stettin), Strosser und der Justizminister Dr. Friedberg nochmals auf die Frage der vorläufigen Entlassung aus der Strafhaft zurückgekommen, begründet der Abg. v. Uechtritz seinen Antrag lediglich auf den Hinweis auf die Nothwendigkeit eines strengeren Strafvollzuges. Die rückfälligen Diebe und Landstreicher und die Rohheitsverbrecher müßten strenger gehalten werden. Sein Antrag würde dahin führen, die Sehnsucht nach den Gefängnissen und Rückfällige zu vermindern.

Abg. Dr. Köhler (Göttingen) bittet, über den Antrag von Uechtritz zur Tagesordnung überzugehen, da die Geschäftslage des Hauses nicht gestattet, in der dritten Lesung des Etats darauf einzugehen.

Abg. Dr. Windthorst kann nicht für den Antrag stimmen, da er dadurch sein Votum im Reichstage präjudiziren würde; er bitte daher den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen, damit nicht aus einer Ablehnung desselben Schlüsse gegen denselben gezogen werden könnten.

In diesem Sinne zieht darauf der Abg. von Uechtritz seinen Antrag zurück.

Beim Kapitel der Wohlthätigkeitsanstalten bringt der Abg. von Bochum-Dolffs die Gefahr zur Sprache, die über dem Fräulein-Stifte zu Soest schwebe, eingehen zu müssen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg sichert zu, die Frage einer Veräußerung des Stifts gründlich prüfen zu wollen und spreche für eine gründliche Prüfung des Umstands, daß schon seit einigen Jahren die Sache unentschieden geblieben sei. Es müsse geprüft werden, ob durch einen Verkauf nicht etwa die eigentlichen Zwecke des Stiftes noch besser würden erreicht werden können. Das Stift habe jetzt nur 3 Konventualinnen und sei doch zu erwägen, ob nicht durch einen Verkauf mehreren Damen eine Unterstützung zu Theil werden könne.

Die Abgg. Dr. Windthorst und von Schorlemer erklären sich für Aufrechterhaltung des Stiftes zu Soest.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der letzte Redner hat gesagt, daß eine konservative Regierung nicht zur Veräußerung eines solchen Stiftes beitragen dürfe. Nun weiß ich zwar auch, daß es viele Damen giebt, denen eine Geldunterstützung angenehmer ist als freie Wohnung, es ist aber vollständig konservativen Prinzipien entsprechend, wenn die Staatsregierung einen Stiftungsfonds anderen Zwecken zuwenden will, wenn diese nur in demselben Ziele liegen. Dann aber hat der Vorredner angedeutet, daß mit der Konfiskation des klösterlichen Vermögens ein Geldgeschäft des preußischen Staates bezweckt gewesen sei, so muß ich denn auf das Allerentschiedenste widersprechen.

Abg. von Schorlemer: Wenn es kein Geldgeschäft gewesen, so sei es ein Racheakt gewesen und das sei noch schlimmer, er fasse die wirklichen konservativen Prinzipien anders auf als der Minister, heute werde vieles konservativ genannt, was eigentlich nur bureaukratisch sei.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ueber konservative Prinzipien hier zu streiten, ist nicht meine Aufgabe; aber soviel muß ich dem Abg. von Schorlemer erwiedern, es ist nicht konservativ, unter allen Umständen das, was einmal da ist, beizubehalten, sondern es ist konservativ, in organischer Fortbildung das Bestehende zu verbessern. (Beifall.) Wenn der Vorredner nochmals auf die Andeutung eines Geldgeschäftes bei der Aufhebung der Klöster zurückgekommen ist, so möchte ich jeder solchen Andeutung auf das Allerentschiedenste widersprechen.

Nachdem der Etat des Ministeriums des Innern genehmigt worden, wurde nach einer unerheblichen Diskussion der landwirthschaftliche Etat erledigt und nachdem sodann der Abg. Dr. von Stablewski bei dem ersten Kapitel des Kultusetats die Wünsche und Beschwerden der polnischen Katholiken kund gegeben, die weitere Berathung des letzteren auf Donnerstag 10 Uhr vertagt, zugleich aber die erste Lesung des Verwendungsgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß 4³/₄ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 1. Februar. Dem Bundesrath ist eine im Reichs-Eisenbahnamt ausgearbeitete Denkschrift, betreffend die Aenderung der für den Transport von Zündhütchen und Sprengkapseln in einer Anlage zu § 48 des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands vorgesehenen Bestimmungen mit dem Anheimstellen vorgelegt worden, über den angefügten Antrag des Reichs-Eisenbahnamts schleunigst Beschluß zu fassen.

Auf Veranlassung des Ministers der öffentlichen Arbeiten trat am 2. Dezember v. J. unter dem Vorsitz des Ministerial-Direktors Schneider eine Konferenz von Sachverständigen zusammen, welche die zur weiteren Erhöhung der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes etwa zu ergreifenden Maßnahmen zu berathen hatte. Dieser Berathung wurden 25 präzise formulirte Fragen zu Grunde gelegt, welche eine eingehende Erwägung und Beantwortung fanden. Wenn auch das Vorhandensein wesentlicher Mängel in den bestehenden Instruktionen und Betriebs-Einrichtungen nach dem Ergebniß der Verhandlungen nicht anzunehmen war, so dürfte doch der gegenseitige Austausch der Erfahrungen für die Klärung zweifelhafter Fragen von Nutzen gewesen sein und die Einführung mancher der in Vorschlag gebrachten Einrichtungen zur weiteren Erhöhung der Betriebssicherheit beitragen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat jetzt einen Bericht über jene Berathungen an die k. Eisenbahn-Direktionen zur Vertheilung innerhalb ihrer Verwaltungsbezirke zugehen lassen und den einzelnen von der Konferenz berührten Punkten Erläuterungen und Bemerkungen hinzugefügt. Es wird dabei namentlich hervorgehoben, daß den königlichen Eisenbahn-Direktionen demnächst die hauptsächlichsten Instruktionen für die bei Ausübung des Betriebsdienstes betheiligten Unterbeamten, nach den in der Konferenz festgestellten Gesichtspunkten umgearbeitet, im Entwurf zu Prüfung und gutachtlichen Aeußerung zugestellt werden sollen. Es erscheine rathsam, daß die Direktionen zu diesem Behuf eine Kommission wählen, welche die etwaigen Ergänzungs- oder Veränderungs-Vorschläge der Direktionen sammelt und die Berichterstattung übernehme. Dieser Kommission werde auch die Erörterung der Frage zu übertragen sein, wie weit die in der Konferenz empfohlenen Abhaltung regelmäßiger Unterrichtsstunden und periodischer Prüfungen der Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten auszudehnen und wie dieselben am zweckmäßigsten zu organisiren sei.

Kassel, 1. Februar. Der wegen Mißbrauch der Amtsgewalt gegen ihm unterstehende weibliche Gefangene angeklagte Strafanstalts-Direktor von Ziegler ist heute von dem Gerichte freigesprochen worden.

Provinzielles.

Stettin, 2. Februar. In der Stadt Gollnow scheint ein ganz eigenthümlicher Strike ausgebrochen zu sein, nämlich ein Strike der — Magistratsmitglieder, denn, wie uns unser dortiger Korrespondent mittheilt, sind in der zum Montag, den 31. Januar, anberaumt gewesenen Sitzung die Herren Magistratsmitglieder in corpore fortgeblieben.

— Die subsidiarische Haftung des Brennereiunternehmers für die durch von seinen Gewerbegehülfen begangenen Steuerkontraventionen verwirkten Geldstrafen wird nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 6. November v. J., dadurch nicht aufgehoben, daß der Unternehmer selbst sich an dem Steuervergehen als Mitthäter, Anstifter oder sonst wie betheiligt hat, und er ebenfalls prinzipaliter mit einer Geldstrafe belegt wird.

— Die „Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft“ hatte an Betriebs-Einnahmen im Januar 1881 17,344 Mark 50 Pf., pro Tag 559 Mark 50 Pf.; im Januar 1880 15,025 Mark 20 Pf., pro Tag 484 Mark 68 Pf; also im Januar 1881 mehr 2319 Mark 30 Pf., pro Tag 74 Mark 82 Pf.

— Nachdem neuerdings an verschiedenen Kassen Falsifikate von Hundert-Marknoten der Reichsbank vorgekommen sind, machen wir darauf aufmerksam, daß sich diese Falsifikate von den echten Scheinen dadurch unterscheiden, daß ihnen das Wasserzeichen fehlt und ihre Farbe eine sehr blaßblaue ist. Ferner ist auf den Falsifikaten auf der Vorderseite unten die Strafandrohung schlecht gedruckt, ebenso ist der Druck des rothen Adlers auf der Vorderseite undeutlich ausgeführt Die rothen Nummern auf der Rückseite sind nicht aufgedruckt, sondern durch den Pinsel aufgetuscht. Die Falsifikate tragen nicht gleichlautende, sondern verschiedene Nummern.

— Gestohlen wurden: Am 30. v. Mts. von dem Hausflur Birkenallee 33 eine Kokosdecke und eine Flurlampe im Werthe von 14 Mark; am 31. v. Mts. von einem in der Fischerstraße haltenden Handwagen ein Jaquet im Werthe von 9 Mark und vorgestern Abend aus dem Restaurationslokal Breitestraße 11 einem dort als Gast anwesenden Kaufmann ein Winterüberzieher.

— Aus dem Templiner Kreise wird geschrieben: Ein entsetzliches Unglück hat in Folge des letzten starken Frostes den Bauer Feuerhak in Wichmannsdorf-Ausbau ereilt. Derselbe hatte sich Geschäfts halber am vergangenen Mittwoch, wo die Kälte bekanntlich am stärksten auftrat und in unserer Gegend 15 Grad R. betrug, nach Prenzlau begeben. Gegen Abend verließ er die Stadt und fand eine gute Fahrgelegenheit bis zu dem Dominium Kröchlendorf. Trotz des Zuredens seiner Bekannten, er möge nicht weitergehen, da er sich ermüdet fühle, sondern in Kröchlendorf übernachten, machte er sich auf den Weg nach seiner Behausung, die gar nicht weit von Kröchlendorf gelegen ist, aber zu Wichmannsdorf gehört. Doch kaum war er eine kurze Strecke gegangen, als ihn seine Kräfte gänzlich verließen und er, kaum 100 Schritte von seiner Wohnung entfernt, auf dem Felde zusammenbrach und in dieser hilflosen, schrecklichen Lage mußte der Bedauernswerthe die ganze lange Winternacht zubringen! Er war seinem Gehöfte schon so nahe, daß er das Licht in seiner Wohnung sehen konnte und auch bemerkte, wie Jemand etwa gegen 10 Uhr Abends noch über den Hof nach den Stallungen zu ging; allein, trotzdem er noch so viel Besinnung hatte, dies Alles wahrzunehmen, hatte er doch nicht mehr die Kraft, einen Hilferuf auszustoßen. — Am andern Morgen wurde er endlich von Menschen bemerkt und in seine Wohnung geschafft, allein er hatte beide Beine erfroren, die, wie man hört, ganz schwarz aussehen sollen und wahrscheinlich amputirt werden müssen. Der Beklagenswerthe geht voraussichtlich einem langen, schmerzlichen Krankenlager entgegen.

† **Arnswalde**, 31. Januar. Im Ausverkaufe des Schneidermeister Tettenborn'schen Kurzwaaren-Geschäfts kaufte die verehelichte Arbeiter B. vor einigen Tagen verschiedene Kleinigkeiten für 50 Pf. und entwendete hierbei eine große Schachtel verschiedener Nähgarne. Anstatt den unbemerkten Diebstahl zu verschweigen, erzählte die B. einer Freundin, wie billig sie im Ausverkaufe gekauft und zeigte dieser die Waaren und das gestohlene Garn. Hierauf begab sich die Letztere ebenfalls nach dem Geschäftslokale des T. und forderte auch für 50 Pfg. die angeblich von der B. gekauften Waaren nebst Garn. Dadurch stellte sich der Diebstahl heraus, die vorgenommene Haussuchung war von Erfolg und hat die B. den Diebstahl eingestanden. — Der Stations-Assistent Wendt von hier ist in gleicher Eigenschaft mit dem 1. Februar d. J. nach Posen versetzt. W., eine beliebte Persönlichkeit, war Mitglied des Gesangvereins „Germania“ und hat ihm letzterer bei seinem gestrigen Abzuge von hier noch ein Gesangsständchen gebracht, das sehr viele Zuhörer herbeigelockt hatte. Herr Dirigent Wenzel hielt noch inmitten der Vereinsmitglieder eine Ansprache an Herrn Wendt, die diesem sowohl wie den anwesenden Mitgliedern recht zu Herzen gegangen ist. Der Verein verliert in ihm eine sehr tüchtige Gesangskraft und wird seine Versetzung allgemein, auch von seinen Kollegen, bedauert. — Heute Nacht haben Diebe bei dem Pferdehändler Joseph Sonntag mittelst Einbruchs von der Straße aus 12 Kalbfelle, 2 Fohlenleder und ein starkes Rindleder entwendet, ohne daß es bisher trotz aller polizeilichen Recherchen gelungen ist, die Thäter zu ermitteln. — Der Glasermeister Elsner von hier, welcher seine Landkundschaft aufsucht, ist am Sonnabend, den 29. d. Mts., von Reetz kommend, von 2 Fleischern angehalten, arg mißhandelt und ihm sein Glaskasten, den er bei sich führte, ganz zertrümmert worden. Die Bestrafung der Thäter ist beantragt.

§ **Zempelburg**, 30. Januar. Organische Kraftproben haben bekanntlich schon viel Unheil angestiftet. Hier stürzte bei einer solchen Gelegenheit jüngst der Organist unserer k. Kirche, ein kräftiger junger Mann, so unglücklich zu Boden, daß er nach Hause getragen werden mußte. Die ärztliche Untersuchung ergab eine Knochenzersplitterung am rechten Fuße. Voraussichtlich werden viele schmerzvolle Wochen für den Patienten vergehen, bevor er wieder hergestellt wird.

(Eingesandt.)

Es ist ein Hauptübel eines großen Theiles der Stettiner Kaufmannschaft, bei dem einmal gefaßten Prinzipe fest stehen zu bleiben, ihre jungen Leute von Morgens früh bis Abends spät an das Geschäft zu fesseln und ihnen somit keine freie Zeit zu gönnen. Wenn doch die hiesigen Herren Kaufleute bedächten, daß die Jugend, die sie beschäftigt, einstmals ihre Nachkommen und Träger des Kaufmannsstandes werden, so würden sie zu der entschieden richtigen Ansicht gelangen, daß einem jungen Menschen nicht allein genügt, das ganze Jahr hindurch im Geschäfte thätig zu sein, sondern daß es auch dringend nothwendig erscheint, der Jugend mehr Zeit zu bieten, sich für ihr eigenes Bestes weiter fortzubilden, damit sie keine geschäftliche Maschine bleibt, wie so viele junge Leute es werden, sondern auch weltlich mehr Bildung und Anstand genießen lernt.

Schon seit einer Reihe von Jahren hört man von allen Seiten Klagen über die jetzige Unbrauchbarkeit der jungen Leute; und woher kommt dies? nun lediglich daher, weil der größte Theil dieser jungen Leuten nur eine einfache Elementarbildung genossen und seit Fortgang aus der Schule durch geschäftliche Inanspruchnahme nicht mehr dazu gekommen ist, sein Wissen energisch weiter fortzusetzen.

Natürlich wird da so mancher Kaufmann, und nicht mit Unrecht, einwenden, daß der junge Mensch seine freie Zeit zum Bummeln rc. und nicht zu dergleichen Studien verwenden würde. Doch warum soll denn die Mehrzahl der jungen Leute darunter leiden, wenn unter ihnen vielleicht 5 pCt. solcher leichtsinnigen Patrone existiren?

Es wäre daher wirklich wünschenswerth, wenn die hiesige Kaufmannschaft in dieser Beziehung zu einer andern Einsicht käme und zwar den jungen Leuten Mittags mindestens 1½ Stunden freie Zeit gönnte, sie Abends Punkt 8 Uhr und am Sonntag spätestens um 12 resp. 1 Uhr Mittags aus dem Geschäfte entließe. — Nur somit, glaube ich, wäre dem bisherigen Uebel etwas abzuhelfen, denn nur durch obige freie Zeit, die wohl nicht zu hoch gegriffen sein dürfte, wäre es der Jugend vergönnt, Genuß an ihrem Leben zu finden, indem sie sich selbstständig fühlen und ihre wenigen Stunden benutzen kann, sich für ihr weiteres anständiges Fortkommen zu kümmern.

Ich rathe daher jedem Kaufmann, dem das Wohl seiner jungen Leute am Herzen liegt, den beschriebenen Weg einzuschlagen und der Jugend liebe mehr Freiheit zu gestatten, als dieselbe im ewigen Dunst des Geschäftes verkommen zu lassen.

Einer für Viele.

Kunst und Literatur.

Eine gewiß höchst willkommene Nachricht für die zahlreichen Freunde der Schweiz ist uns heute zugegangen. Nach dem Grundsatze „billig und gut“ wird in dem Verlage von Caesar Schmidt in Zürich eine billige Volksausgabe des berühmten, bisher nur in theurer Prachtausgabe erschienenen Werkes „Die Schweiz“ von Gsell-Fels erscheinen, welche den vollständigen, aber umgearbeiteten Text, sowie alle Bilder der theuren Ausgabe enthalten soll, dabei aber nur den vierten Theil kostet. Wir werden; nach Eingang der ersten Lieferung noch darauf zurückkommen. [10]

Vermischtes.

— Durch eine höchst sinnreiche und originelle Einrichtung hat sich ein beliebter Berliner Schauspieler ein Mittel konstruirt, um Bettler und Diebe von seinem Zimmer, welches er selten verschließt, fernzuhalten. Derselbe hat nämlich einen ausgestopften Panther, der ruhend auf einer Decke neben seinem Schreibpulte liegt. Sobald nun die Stubenthür geöffnet wird, erhebt sich vermittelst eines sehr künstlichen Mechanismus die Bestie von selbst, sperrt den Rachen mit seinem furchtbaren Gebiß weit auf und läßt dabei aus dem Innern seines Leibes ein drohendes, gurgelndes Grunzen ertönen, während die Augen wild rollen. In dieser Stellung verharrt die Bestie so lange, bis die Stubenthür wieder geschlossen ist. Selten hält ein Fremder, ob nun Bettler, Dieb oder sonst Jemand, diesen kritischen Moment aus und zieht sich daher in der Regel schleunigst aus der gefahrdrohenden Nähe zurück. Böse Zungen wollen sogar behaupten, daß diese kunstvolle Einrichtung auch manchen Manichinäer jählings verscheucht hat.

Handelsbericht.

Berlin, 31. Januar. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Es bedürfte nur einer Reproduktion unseres letzten Berichts, um die Tendenz des vorwöchentlichen Buttermarktes zu kennzeichnen. Der scharfe Frost, welcher das Auslaufen aus mehreren schwedischen und dänischen Häfen verhinderte, hat verstärkte Exportordres nach den noch offenen deutschen Seeplätzen zur Folge gehabt und feinste Holsteiner und Mecklenburger Marken konnten ihre steigende Bewegung fortsetzen. Ob nicht das inzwischen eingetretene Thauwetter eine starke Reprise bringen wird, kann nur die Zukunft lehren. Vorsicht scheint jedenfalls geboten. Nächst obigen besten Stellen blieben an unserem Platze feine frische Mittelsorten gut gefragt und Preise konnten sich behaupten. Selbst in geringer Butter fing es an, sich zu beleben und einige kleinere Transaktionen, wenn auch noch zu gedrückten Preisen, sind zu verzeichnen.

Es notiren ab Versandtorte: Feinste Holsteiner und Mecklenburger 135—145 M., Mittel- 120—130 M., ost- und westpreußische Gutsbutter 125—135 M., pommersche Land- 90—92 M., pommersche Pächterbutter 100 M., Litthauer 90 M., Netzbrücher 92 M., Thüringer 95—100 M., hessische 95—100 M., baierische Land- — M., baierische Sennbutter 90—93 M., schlesische 90—95 M., schlesische feine und feinste — M., ungarische, galizische, böhmische und mährische 82—90 M., polnische 95—100 M. per 50 Kilo. Letztere 5 Sorten franko hier.

Die Eierbörse vom 27. d. bot ein freundlicheres Bild, da die Berichte aus den Produktionsländern über sehr geringfügige Einlieferungen in Folge der anhaltenden Kälte nicht ohne Einwirkung blieben. Bei fester Stimmung und steigender Tendenz kam Preis mit M. 3,80 per Schock zur Notiz. Bei genügenden Beständen und leidlichem Absatz hielt sich an heutiger Börse Preis unverändert auf M. 3,80 per Schock.

Detailpreis M. 4 per Schock.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, 1. Februar. Bei der heutigen Ziehung der Silberlotterie des Zoologischen Gartens fielen die 5 Haupttreffer auf Nr. 36,381, 81,961, 3503, 23,967, 87,324.

Hamburg, 1. Februar. Heute früh 8 Uhr brach auf der Großen Burstah 34 ein Feuer aus, welches bis zum Nachmittag an[illegible]uerte und einen großen Theil des Seidenwaaren[illegible]gers von R. D. Warburg zerstörte. Das Lager w[illegible]r mit 1,490,000 Mark versichert. An dem Schaden partizipiren meistens englische Gesellschaften. Das Feuer ist jetzt gelöscht, das Hintergebäude, woselbst große Waarenvorräthe lagerten, ist gerettet.

Wien, 1. Februar. Die „Polit. Korresp.“ veröffentlicht eine Erklärung der hiesigen griechischen Gesandtschaft, in welcher die angebliche Note vom 13. d., welche der Ministerpräsident Kumunduros als Antwort auf das Zirkular Barthelemy Saint Hilaire's an den Grafen Mouy gerichtet haben sollte, als vollständig apokryph bezeichnet wird, mit dem Hinzufügen, daß sich der Verkehr des Ministerpräsidenten Kumunduros mit dem Grafen Mouy anläßlich des erwähnten Zirkulars ausschließlich auf mündliche Auseinandersetzungen beschränkt habe.

Wien, 1. Februar. Die Statthalterei von Oberösterreich hat die Bildung eines Bauernvereins auf Grund der vorgelegten Statuten als gesetzwidrig und staatsgefährlich verboten. Das Verbot ist indeß kein prinzipielles, es wurden lediglich die Statuten beanstandet.

Haag, 1. Februar. Das Befinden der Königin der Niederlande läßt die königliche Familie wiederum einem freudigen Familienereigniß entgegensehen.

Paris, 1. Februar. Die hier koursirenden Gerüchte, daß das Uebungsgeschwader im Mittelmeer plötzlich nach dem Golf de Juan zurückberufen worden sei und dort den Befehl erhalten werde, unverzüglich nach einem noch unbekannten Bestimmungsort — wahrscheinlich Tunis — weiterzugehen, wird unterrichteterseits als unbegründet bezeichnet. Das Geschwader nahm im Golf de Juan seinen gewöhnlichen Ankerplatz ein, erhielt aber bisher keinerlei Ordre wegen eines anderweitigen Bestimmungsortes.

Die Deputirtenkammer setzte die Berathung des Preßgesetzes fort und nahm die Paragraphen über die Strafbarkeit von Beleidigungen auswärtiger Staatsoberhäupter und deren diplomatischer Vertreter an. Sodann wurden auch alle übrigen Artikel des Gesetzentwurfs genehmigt.

Rom, 1. Februar. Der Papst richtete an den Kronprinzen Rudolf ein Handschreiben, in welchem er denselben wegen seiner beabsichtigten Reise nach Jerusalem belobte.

Rom, 1. Februar. Es verlautet, der König werde dem Minister Cairoli aus Anlaß der sizilianischen Reise den Anunziata-Orden verleihen. Der Minister erhält dadurch den Titel „Cousin des Königs“.

Die „Capitale“ veröffentlichte gestern an leitender Stelle einen offenen Brief an den König, welcher Beleidigungen schwerster Art enthält. Das Blatt behauptet, der enthusiastische Empfang in Sizilien habe weder dem Könige noch der Monarchie, sondern dem Umstande gegolten, daß der Monarch zufällig die Einheit Italiens vorstelle. Die Staatsanwaltschaft fand sich nicht veranlaßt, gegen das Blatt einzuschreiten.

Die Zeitungen versichern, daß zwischen dem Minister des Innern Depretis und dem radikalen Arbeitsminister Baccarini ernstliche Zerwürfnisse darüber ausgebrochen seien, welche Stellung die Regierung gegenüber dem bevorstehenden Monstremeeting einnehmen wolle.

Rom, 1. Februar. Deputirtenkammer. Der Justizminister brachte einen Gesetzentwurf betreffend die Ehescheidung ein. Der Ministerpräsident Cairoli legte in Beantwortung einer Anfrage Massari's die verschiedenen Phasen des Antrages auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes in der griechischen Frage dar und erklärte, die Pforte habe eine versöhnliche Gesinnung kundgegeben; die Sympathien für Griechenland seien weder bei Italien noch bei den anderen Mächten vermindert; er sei demnach überzeugt, man werde bald eine friedliche Lösung erreichen. Auf eine weitere Anfrage erwiderte Cairoli, um den Schutz der italienischen Interessen in Peru zu beweisen, würde die diplomatische Korrespondenz über die dortigen Ereignisse vorgelegt werden.

Belgrad, 1. Februar. Die Skupschtina votirte einstimmig das Gesetz über die Redefreiheit bei Interpellationen.

Bukarest, 1. Februar. Das Journal „Pressa“ erörtert die gegenwärtige Lage im Orient und weist unter Berücksichtigung der Eventualitäten, welche sich ergeben könnten, nach, daß die am Ruder befindliche liberale Partei, welche das Vertrauen des Landes und der Kammern besitze und ausschließlich rumänische Politik treibe, allein fähig sei, im gegebenen Momente den Gefahren die Stirne zu bieten, welche die auswärtigen Ereignisse in Rumänien schaffen würden.

Madrid, 1. Februar. Der Senat nahm die an den König zu richtende Adresse mit 144 gegen 48 Stimmen an.

In der Deputirtenkammer erklärte der General Martinez Campos in seinem Namen und im Namen der übrigen Generäle, welche mit ihm zur Oppositionspartei gehören, daß der König sie jeder Zeit bereit finden würde, ihn gegen jede revolutionäre Bewegung zu schützen.